

Hilfe für radikalisierte Jugendliche

Tagesthema

Terror Nicht erst seit den Attentaten von Brüssel und Paris geht die Angst um, dass in unserer Mitte Jugendliche heranwachsen, die der Propaganda der Dschihadisten erliegen. Deshalb gibt es inzwischen in vielen deutschen Großstädten Präventionsmaßnahmen gegen islamistischen Extremismus. *Von Akiko Lachenmann*

Yannick war 19 Jahre alt und obdachlos, als er in Freiburg von einer Gruppe von Salafisten angesprochen wurde. Ein Jahr darauf, im Mai 2015, sprengte er sich im Auftrag der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) im irakischen Baidashi in einem Lkw in die Luft. Dutzende Menschen starben mit ihm. Hätte die Katastrophe verhindert werden können, wenn Yannick aufgeklärt gewesen wäre über die Praktiken des IS? Wenn es Experten gegeben hätte, die man auf Yannick hätte aufmerksam machen können? Der Fall rüttelte Freiburgs Kommunalpolitiker wach: Nur zwei Monate später wurde das Projekt „Jugend und Islamismus“ ins Leben gerufen.

In nahezu allen größeren Städten Deutschlands gibt es mittlerweile Präventionsmaßnahmen gegen islamistischen Extremismus, denn spätestens seit den Attentaten in Frankreich und Belgien geht die Angst um, dass auch in unserer Mitte Jugendliche heranwachsen, die der Propaganda der Dschihadisten erliegen und sich und andere gefährden könnten.

„Noch nie wurde so viel Geld und Energie in das Thema investiert“

Entsprechend groß ist die Bereitschaft des Staats, Präventionsmaßnahmen zu fördern. Für das Bundesprojekt „Demokratie leben“, das die Prävention gegen gewaltbereiten Islamismus zum Schwerpunkt hat, wurde die Fördersumme für das laufende Jahr um zehn Millionen auf 50 Millionen Euro aufgestockt. Auch auf Landesebene wächst das Engagement. Er könne zwar keine konkreten Zahlen liefern, sagt Carsten Dehner, der Sprecher des Landesinnenministeriums, aber fest steht: „Noch nie wurde so viel Geld und Energie in das Thema investiert.“ Erst vor wenigen Monaten hat sein Ministerium das „Kompetenzzentrum zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen islamistischen Extremismus in Baden-Württemberg“ – kurz: KPEBW – eröffnet.

Die Stelle hat den Anspruch, sämtliche Akteure in diesem Bereich, von der politischen Ebene über die Sicherheitsbehörden bis zu den Vereinen und Kirchen, an einem Tisch zu versammeln. Derzeit werde eine Datenbank eingerichtet, die alle laufenden Projekte im Land abbilden soll, sagt die Geschäftsführerin und Kriminaloberärztin Belinda Hoffmann. „Darüber können sich künftig Projektpartner finden, Parallelprojekte werden eher vermieden und somit Fördergelder zielgerichteter eingesetzt.“

Einige Akteure sind schon lange mit dem Thema befasst, etwa das Team meX, das bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist und bereits seit acht Jahren Work-

shops für Lehrer und andere Multiplikatoren im Bildungsbereich anbietet. Vor einem Jahr startete zudem die Stuttgarter Fachstelle „Inside Out“. Neben Erlebnispädagogik für junge Männer bietet sie auch eine Hotline an für besorgte Angehörige. Gefehlt hat bisher aber eine Adresse vor Ort „für die heiklen Fälle“, sagt Tilman Weinig, der Projektleiter von „Inside Out“.

Diesen widmet sich künftig ein Verein, der viel Erfahrung im Umgang mit radikalisierten Jugendlichen hat: Im April nimmt das Violence Prevention Network für das KPEBW seine Arbeit als landesweit agierende Beratungsstelle auf. Für das Team aus vier – teilweise muslimischen – Beratern, darunter eine Frau, stellt das Land pro-

Szene Zur islamistischen Szene in Baden-Württemberg zählen nach Angaben des Landesamtes für Verfassungsschutz etwa 3500 Personen. Von diesen gehören 600 dem salafistischen Spektrum an, 120 Salafisten werden als gewaltbereit eingestuft.

Rückkehrer Die Sicherheitsbehörden wissen von mehr als 800 Islamisten aus Deutschland, die in Richtung Syrien gereist

sind. Davon stammen 50 aus Baden-Württemberg, darunter ein Dutzend Frauen. Zehn dieser Dschihadisten sind bei Kämpfen oder Attentaten ums Leben gekommen. Zu den Opfern gehören ein Mann aus Ditzingen und ein 17-Jähriger aus Kirchheim unter Teck, die beide in der inzwischen verbotenen Botnanger Moschee Mesdchid Sahabe radikalisiert wurden. „Ein Teil“ der ausgereisten Islamisten, so die Behörden, sei

wieder nach Baden-Württemberg zurückgekehrt. Bei „einigen wenigen“ gibt es Hinweise, dass sie an Kampfhandlungen teilgenommen haben. Die Gefahr dschihadistisch motivierter Gewalttaten sei hoch, in Baden-Württemberg wie im ganzen Bundesgebiet. Da sie vor allem von Einzeltätern und autonomen Gruppen ausgehe, könne man regional keine Unterschiede machen, sagte ein Sprecher der Behörde. *alm*

Jahr 450 000 Euro zur Verfügung. Eine Hotline wurde bereits geschaltet.

Das Kompetenzzentrum plant, den Kreis der Lehrer stärker in die Präventionsarbeit einzubeziehen. „In vielen Fällen beginnt der Radikalisierungsprozess in der Schulzeit“, stellt der KPEBW-Mitarbeiter Daniel Köhler fest. Obwohl Lehrer sehr viel Zeit mit Jugendlichen verbringen, sei in der Lehrerausbildung bisher nirgends vorgesehen, extremistisches Gedankengut bei Schülern zu erkennen. „Wir entwickeln derzeit ein Weiterbildungsseminar für Lehrkräfte in der Ausbildung“, so Köhler. Mittelfristiges Ziel sei, das Seminar im Lehrplan der Unis und Hochschulen zu verankern.

Auch Rechtsextremisten sollen künftig betreut werden

Auch in die Justizvollzugsanstalten, wo Islamisten leichte Hand haben, labile Mitinhaftierte zu rekrutieren, will das Kompetenzzentrum stärker hineinwirken. „Wir wollen gefährdeten Personen Angebote in Form von Einzel- oder Gruppenberatungen machen“, sagt der KPEBW-Mitarbeiter Tobias Ehrhart. Violence Prevention Network (VPN) habe auf diesem Gebiet bereits Erfahrungen in anderen Bundesländern gesammelt. „Unsere Rolle ist, gemeinsam mit VPN und den Justizbehörden ein Konzept zu entwickeln, das in den Haftanstalten Baden-Württembergs von den Beratern angewandt werden soll“, so Ehrhart.

Bei diesen Herausforderungen wird es nicht bleiben – auf das junge Kompetenzzentrum kommen weitere zu. „Zukünftig gehört auch die Prävention gegen Rechtsextremismus zu den Aufgaben des KPEBW“, verkündete jüngst der Landesinnenminister Reinhold Gall. Gesucht wird derzeit eine Organisation, die Aussteiger aus der rechtsradikalen Szene berät und betreut: eine Mammutaufgabe.

Kontakt Die Hotline der neuen Beratungsstelle: 0711-7223 08 93